

# STADT NORDEN

## Protokoll

über die Sitzung des Finanz- und Personalausschusses (19/FiP/2014)

am 17.03.2014

im Sitzungszimmer des Rathauses, Am Markt 15, Norden

- öffentliche Sitzung -

Sitzungsdauer und Anwesenheit siehe Anwesenheitsliste

### Tagesordnung:

1. Eröffnung der Sitzung (öffentlicher Teil)
2. Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung und der Beschlussfähigkeit
3. Feststellung der Tagesordnung mit Entscheidung über die Aufnahme von Dringlichkeitsanträgen
4. Bekanntgabe von Eilentscheidungen
5. Bekanntgaben
6. Genehmigung des Protokolls über die öffentliche Sitzung des Finanz- und Personalausschusses am 20.01.2014  
**0822/2014/1.1**
7. Übertragung des Baubetriebshofes an die Stadtentwässerung;  
Bericht über die Wertermittlung  
**0853/2014/1.1**
8. Haushaltssatzung 2014/Haushaltssolidierung  
**0862/2014/1.1**
9. Dringlichkeitsanträge
10. Anfragen
11. Wünsche und Anregungen
12. Schließung der Sitzung (öffentlicher Teil)

**zu 1 Eröffnung der Sitzung (öffentlicher Teil)**

Der Vorsitzende eröffnet um 17.00 Uhr die öffentliche Sitzung des Finanz- und Personalausschusses und begrüßt die Anwesenden.

**zu 2 Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung und der Beschlussfähigkeit**

Der Vorsitzende stellt die frist- und formgerechte Einladung sowie die Beschlussfähigkeit des Gremiums fest.

**zu 3 Feststellung der Tagesordnung mit Entscheidung über die Aufnahme von Dringlichkeitsanträgen**

Die mit Schreiben vom 04.03.2014 bekannt gegebene Tagesordnung wird vom Finanz- und Personalausschuss einstimmig festgestellt.

**zu 4 Bekanntgabe von Eilentscheidungen**

Eilentscheidungen sind nicht bekannt zu geben.

**zu 5 Bekanntgaben**

Keine

**zu 6 Genehmigung des Protokolls über die öffentliche Sitzung des Finanz- und Personalausschusses am 20.01.2014  
0822/2014/1.1**

**Sach- und Rechtslage:**

Der Finanz- und Personalausschuss beschließt über die Genehmigung des Protokolls.

**Der Finanz- und Personalausschuss beschließt:**

**Das Protokoll wird genehmigt.**

<b>Stimmergebnis:</b>	<b>Ja-Stimmen:</b>	<b>6</b>
	<b>Nein-Stimmen:</b>	<b>0</b>
	<b>Enthaltungen:</b>	<b>3</b>

zu 7 **Übertragung des Baubetriebshofes an die Stadtentwässerung;  
Bericht über die Wertermittlung  
0853/2014/1.1**

**Sach- und Rechtslage:**

Der Rat der Stadt Norden hat in seiner Sitzung am 25.09.2012 einstimmig beschlossen, den Baubetriebshof und die Stadtentwässerung zu einem Eigenbetrieb zusammenzuführen. Diese Zusammenlegung erfolgte zum 01.01.2013. Das Prüfungsamt des Landkreises Aurich erhielt den Auftrag, die Werte für die Übertragung festzustellen.

**I.**

Inzwischen liegt der Bericht des RPA des Landkreises Aurich über die Wertermittlung der Übertragung des Baubetriebshofes an die Stadtentwässerung zum 01.01.2013 vor.

Es wurden folgende Werte ermittelt:

Aktiva

Immaterielle Wirtschaftsgüter	=	6.992,84 €
Sachanlagevermögen	=	739.320,64 €
Vorräte	=	7.815,20 €
<u>Aktive Rechnungsabgrenzungsposten</u>	=	<u>11.781,00 €</u>
Summe	=	765.909,68 €

Passiva

<u>Rückstellungen</u>	=	<u>435.107,42 €</u>
-----------------------	---	---------------------

Verbleiben	=	330.802,26 €
------------	---	--------------

Die Einzelheiten können dem dieser Sitzungsvorlage beigefügten Bericht des Rechnungsprüfungsamtes des Landkreises Aurich entnommen werden.

**II.**

Das RPA hat außerhalb dieses Prüfungsauftrages wegen des erheblichen Investitionsstaus und der im Rahmen der Haushaltskonsolidierung beim Baubetriebshof zu erwartenden Leistungsreduzierung, die erheblichen Einfluss auf die Liquidität haben werden, empfohlen, eine Ausstattung mit Eigenkapital in Höhe von 250.000 € vorzunehmen. Mit dem Eigenbetrieb Stadtentwässerung wurde diesbezüglich eine Einigung erzielt.

Für den städtischen Haushalt entsteht somit eine Einnahme in Höhe von 80.802,26 € (Differenz aus der Einnahme von 330.802,26 € und der Ausgabe von 250.000,00 €).

Da die Übertragung des Baubetriebshofes bereits zum 01.01.2013 erfolgte, sind die entsprechenden Buchungen noch im Rahmen der Abschlussarbeiten zum Jahresabschluss 2013 vorzunehmen.

**III.**

Aufgrund der Übertragung des Baubetriebshofes an den Eigenbetrieb „Technische Dienste Norden“ ist es erforderlich, den bisherigen Betriebszweck um die Aufgaben des Baubetriebshofes zu erweitern (§ 2 der Betriebssatzung), das Stammkapital zu erhöhen (§ 1 der Betriebssatzung) und nach Einführung des Niedersächsischen Kommunalverfassungsgesetzes (NKomVG) die Verweise auf gesetzliche Bestimmungen anzupassen.

Bei der Erstellung des Entwurfs der neuen Betriebssatzung wurde als Grundlage das „Muster für die Betriebssatzung eines Eigenbetriebs“ des Nds. Städtetages vom 28.06.2011 herangezogen

und die hierin enthaltenen Verweise auf maßgebliche Vorschriften (NKomVG, EigBetrVO) übernommen.

Fachdienstleiter Wiards erläutert die Sach- und Rechtslage.

Ratsfrau van Gerpen (SPD) antwortet, dass es ihrer Meinung nach nicht sein dürfe, den BBH im Vorfeld mit 250.000 Euro auszustatten.

Ratsherr Lütkehus (ZoB) ergänzt, zum nächsten Verwaltungsausschuss einen Ergänzungsantrag einbringen zu wollen.

Vorsitzender Wimberg fragt, warum der Ausschuss die Bewertung des Rechnungsprüfungsamtes des Landkreises Aurich zu diesem Punkt infrage stelle.

**Der Finanz- und Personalausschuss gibt die Angelegenheit ohne Beschlussempfehlung weiter an den Verwaltungsausschuss.**

<b>Stimmergebnis:</b>	<b>Ja-Stimmen:</b>	<b>9</b>
	<b>Nein-Stimmen:</b>	<b>0</b>
	<b>Enthaltungen:</b>	<b>0</b>

**zu 8     Haushaltssatzung 2014/Haushaltssolidierung**  
**0862/2014/1.1**

**Sach- und Rechtslage:**

Redaktionelle Erläuterung:

Der Haushaltsplanentwurf 2014 wurde bereits mit der Sitzungsvorlage 0792/2014/1.1 in den Finanz- und Personalausschuss zur Kenntnisnahme eingebracht.

Da dieser Tagesordnungspunkt eine weitergehende Beratungsfolge erfordert als in der bisherigen Sitzungsvorlage vorgesehen, wurde eine neue Sitzungsvorlage erstellt.

Ziffer 1 der Sach- und Rechtslage wurde aus der bisherigen Sitzungsvorlage unverändert übernommen.

Zusätzlich wurden die Ziffern 2 und 3 aufgenommen.

Unter der Ziffer 2 werden die dieser Sitzungsvorlage beigefügten Zu- und Abgangslisten erläutert.

Ziffer 3 beinhaltet eine Vorinformation zum endgültigen Haushaltssicherungskonzept.

Sämtliche in der Zwischenzeit versandten Unterlagen zu Beschluss-Nummer 0792/2014/1.1 beziehen sich nun auf diese Sitzungsvorlage.

**1. Haushaltssatzung**

**Einleitung**

Aufgrund der offiziellen Steuerschätzungen können wie im letzten Jahr überwiegend steigende Erträge erwartet werden. Im Gewerbesteuerbereich, beim Anteil an der Einkommen- und Umsatzsteuer sowie bei den Schlüsselzuweisungen wurden die jeweiligen Ansätze im Vergleich zu 2013 angehoben.

Durch die Anhebung der Erträge mussten allerdings auf der Aufwandsseite auch die Ansätze für die Gewerbesteuerumlage und die Kreisumlage erhöht werden.

Im Vergleich zu 2013 ist bei den allgemeinen Finanzen eine Verbesserung in Höhe von 2.008.500 € zu erwarten.

Detaillierte Vergleichsberechnungen können dem Vorbericht entnommen werden.

Gem. § 4 Abs. 7 der Gemeindehaushalts- und Kassenverordnung (GemHKVO) dürfen in jedem Teilhaushalt nur die „wesentlichen Produkte“ mit den dazu geplanten Maßnahmen bestimmt werden.

Der Rat der Stadt Norden hat daher in seiner Sitzung am 05.07.2011 die Bildung nachstehender wesentlicher Produkte beschlossen. Sie wurden gem. Ratsbeschluss vom 26.04.2012 um das Produkt 111-12 (Gebäudewirtschaft) erweitert.

<b>Fachdienst</b>	<b>Produktnummer</b>	<b>Bezeichnung</b>
1.1	611-01	Gemeindesteuern, Finanzaufweisungen und –umlagen
2.1	122-02	Bürgerservice und Meldewesen
2.1	122-03	Leistungen des Standesamtes
2.1	126-01	Brandschutzleistungen
2.1	553-01	Friedhofs- und Bestattungswesen
2.2	111-12	Gebäudewirtschaft
2.2	211-01	Grundschulen
2.2	216-01	Oberschule
2.2	218-01	Kooperative Gesamtschule Hage, Außenstelle Hage
2.2	221-01	Förderschule
2.2	272-01	Stadtbibliothek
2.2	281-01	Heimat- und Kulturpflege
2.2	365-01	Bereitstellung von Kindertageseinrichtungen
2.2	365-02	Soziale Betriebe
3.1	511-01	Stadtentwicklung und Bauleitplanung
3.2	571-01	Wirtschaftsförderung
3.2	571-02	Stadtmarketing
3.3	541-01	Bau, Betrieb und Instandhaltung von Gemeindestraßen
3.3	545-01	Straßenreinigung und Winterdienst
3.3	551-01	Planung und Bewirtschaftung von Grünflächen

### **Ergebnishaushalt**

Der Entwurf des Ergebnishaushalts weist für das Haushaltsjahr 2014 insgesamt einen strukturellen Fehlbedarf in Höhe von **2.546.060 €** aus.

Dieser Fehlbedarf setzt sich zusammen aus

<b>Aufwendungen</b> in Höhe von insgesamt	40.998.920 €
und	
<b>Erträgen</b> in Höhe von insgesamt	38.452.860 €

Die Zusammenstellung sämtlicher Teilhaushalte stellt sich im Vergleich zum Haushaltsjahr 2013 wie folgt dar:

TH	Bezeichnung	Aufwendungen		Erträge	
		2013	2014	2013	2014
0	Oberste Gemeindeorgane/RPA/GB und PR	769.840	617.980	73.450	27
1	Interne Dienste	19.100.280	20.157.540	29.786.470	32.567
2	Ordnung, Soziales und Bildung	11.646.820	12.124.550	3.510.520	3.433
3	Planen, Bauen und Umwelt	7.645.470	8.098.850	2.392.270	2.424
	<b>Insgesamt</b>	<b>39.162.410</b>	<b>40.998.920</b>	<b>35.762.710</b>	<b>38.452</b>

Die wesentlichen Veränderungen der Aufwendungen sind wie folgt begründet:

### **Personalaufwendungen**

Der Gesamtansatz für Aufwendungen für aktives Personal (Zeile 13) beträgt für das Haushaltsjahr 2014 10.289.800 €. Im Haushaltsjahr 2013 war in der gleichen Zeile ein Betrag in Höhe von 9.878.070 € ausgewiesen. Dies bedeutet eine Erhöhung der Personalaufwendungen in Höhe von 411.730 €.

#### Begründung:

Für das HH-Jahr 2014 wurde eine Tarifierhöhung von 2,25 % einkalkuliert. Inklusiv der Sozialversicherung und der Leistungen für die Zusatzversorgung (VBL) betragen die Mehraufwendungen ca. 180.000 €.

Im Beamtenbereich sind auf Grund von gesetzlichen Änderungen (Nds. Kommunalbesoldungsverordnung) und der Einführung einer 3. Wahlbeamtenstelle Mehraufwendungen in Höhe von 11.500 € einkalkuliert.

Die Übernahme der Tätigkeit eines Klimaschutzbeauftragten ist für die Dauer von 10 Monaten mit 1,5 Stellenanteilen und Kosten in Höhe von ca. 71.000 € im Personalbudget des TH 3 enthalten. Da diese Aufgabe gefördert wird und von mehreren Gemeinden getragen wird, findet eine Refinanzierung statt. Die tatsächlichen Personalkosten liegen nach heutigem Kenntnisstand bei ca. 13.000 €

Die in den Jahren 2012 und 2013 für die Schulsozialarbeit in der GS Im Spiet befristet eingestellte teilzeitbeschäftigte Erzieherin soll auch 2014 ganzjährig beschäftigt werden. Die für die beiden zurückliegenden Jahre gewährte Förderung durch den LK Aurich entfällt für das Jahr 2014. Die Personalkosten in Höhe von 21.700 € müssen in voller Höhe von der Stadt Norden getragen werden.

Die sozialen Betriebe werden im HH-Jahr 2014 zwei weitere Krippengruppen (im Feb. im KiGa Hooge Riege und im Herbst im KiGa Wirde Landen) eröffnen. Dafür wird zusätzliches Fachpersonal (Erzieher/innen und Sozialassistenten/innen) benötigt. Auch die Kosten für die Reinigung werden sich erhöhen. Insgesamt sind Mehraufwendungen in Höhe von ca. 115.000 € in die Kalkulation eingeflossen.

### **Sachaufwendungen**

Der Gesamtansatz für Sachaufwendungen (Zeile 15 bis 19) beträgt für das Haushaltsjahr 2014 30.562.120 €. Im Haushaltsjahr 2013 waren hierfür 29.137.340 € ausgewiesen. Dies bedeutet eine Erhöhung der Sachaufwendungen in Höhe von 1.424.780 €.

#### Begründung:

Neben kleineren Anpassungen der Ansätze für Sachaufwendungen in 2014 wurden insbesondere folgende Ansätze erhöht:

Wie bereits in der Einleitung dargestellt, waren die Ansätze für die Gewerbesteuer- und Kreisumlage um 631.000 € zu erhöhen.

Jedes Jahr werden Anschaffungen von Vermögensgegenständen vorgenommen, die über mehrere Jahre abgeschrieben werden müssen. Der Ansatz für die Abschreibungen muss für 2014 um 100.000 Euro erhöht werden.

Für Unterhaltungsarbeiten am Rathaus wurden 130.000 € angesetzt. Hiervon soll eine Sockel- und Fenstersanierung durchgeführt und die Sicherheitstechnik erneuert werden.

Die Aufwendungen für Wahlen im Jahr 2014 mussten um 19.000 € erhöht werden, ebenso die Aufwendungen für die Unterhaltung der Fahrzeuge bei der Feuerwehr. Hier ist mit Mehraufwendungen in Höhe von 24.500 € zu rechnen.

Im Schul- und Kitabereich sollen einmalige Unterhaltungsmaßnahmen in Höhe von 654.500 € durchgeführt werden. Im Vergleich zu den einmaligen Unterhaltungsaufwendungen im Jahr 2013 ergeben sich hier Mehraufwendungen in Höhe von 18.200 € (siehe Anlage 1). Die Rückbaukosten für die Reithalle Bargebur sind mit 55.000 € zu veranschlagen.

In den letzten Jahren wurde der Ansatz für das Stadtfest regelmäßig überschritten. Obwohl durch intensive SpARBemühungen das Defizit etwas reduziert werden konnte, wird dies auch dieses Jahr wieder der Fall sein. Die fehlenden Mittel mussten und müssen aus dem allg. Budget des FD 3.2 aufgegangen werden. Diese Praxis kann in der Größenordnung nicht fortgeführt werden. Daher ist der Ansatz den zu erwartenden Kosten zumindest annähernd anzupassen. Die Aufwendungen wurden um 13.900 € erhöht.

Für die Sanierung von Stadtstraßen sind einmalige Unterhaltungsaufwendungen in Höhe von 380.000 € einzuplanen. Außerdem sind die Fallschutzbereiche unter Schaukeln zu erneuern. Hier sind 15.500 € vorgesehen. Durch die Anhebung des Beitragssatzes wird sich der Anteil für die Oberflächenentwässerung um 16.000 € im Jahr 2014 erhöhen.

### **Finanzhaushalt – laufende Verwaltungstätigkeit**

Der Entwurf der Teilfinanzhaushalte 0 bis 3 – laufende Verwaltungstätigkeit – weist für das Haushaltsjahr 2014 insgesamt einen Saldo in Höhe von **- 1.653.260 €** aus.

Dieser setzt sich zusammen aus

<b>Auszahlungen</b> in Höhe von insgesamt	38.647.320 €
und	
<b>Einzahlungen</b> in Höhe von insgesamt	36.994.060 €

Die Differenz zum Fehlbetrag des Ergebnishaushaltes resultiert aus den zahlungsunwirksamen Erträgen (Erträge aus der Auflösung von Sonderposten und Rückstellungen) sowie aus den zahlungsunwirksamen Aufwendungen (Abschreibungen, Zuführung zu Rückstellungen).

Diese Erträge und Aufwendungen werden im Ergebnishaushalt nachgewiesen und beeinflussen das Ergebnis. Da sie jedoch nicht Bestandteil der Zahlungsströme sind, sind sie im Finanzhaushalt – laufende Verwaltungstätigkeit – nicht ausgewiesen.

Im Finanzhaushalt werden sämtliche Ein- und Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit, für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen sowie für die Finanzierungstätigkeit nachgewiesen.

Die Zusammenfassung der einzelnen Salden ergibt nachstehende Darstellung:

Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit	- 1.653.260 €
Saldo aus Investitionstätigkeit	- 2.312.290 €
Saldo aus Finanzierungstätigkeit	1.467.000 €
<b><u>Insgesamt</u></b>	<b><u>- 2.498.550 €</u></b>

## **Finanzhaushalt – Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen –**

Die vorgesehenen Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen umfassen ein Volumen in Höhe von **3.274.290 €** (=Auszahlungen).

(Vgl. Anlage 2 dieser Sitzungsvorlage)

Diesen Auszahlungen stehen geplante Einzahlungen in Höhe von **962.000 €** gegenüber, so dass eine Finanzierungslücke von **2.312.290 €** entsteht.

Diese wird im Finanzhaushalt – Finanzierungstätigkeit – durch die Veranschlagung einer Kreditaufnahme in Höhe von **2.272.100 €** teilweise gedeckt.

Durch Einsparungen bei den Haushaltsausgaberesten (zur Verfügung stehende aber nicht übertragene Haushaltsausgabereste) werden liquide Mittel in Höhe von insgesamt **40.190 €** eingespart, wodurch die Restfinanzierung gesichert ist.

Als herausragende Investitionsmaßnahmen sind hier zu nennen:

<b>Bezeichnung der Maßnahme</b>	<b>Haushaltsansatz</b>
Erwerb eines Löschfahrzeugs (Anzahlung)	120.000 €
Erneuerung der Haustechnik in der Wildbahnhalle 1. BA	450.000 €
Ausstattung naturwissenschaftlicher Räume – Oberschule -	65.000 €
Baukosten und Einrichtung Krippengruppe Wirde Landen	405.800 €
Dorferneuerung Leybuchtpolder/Neuwesteel	200.000 €
Städtebaulicher Denkmalschutz (Sanierungsmaßnahme Altes Rathaus)	627.000 €
Ausbau Nordseestraße	860.000 €
Westliche Erweiterung Leegemoor	50.000 €

## **2. Zu- und Abganglisten**

Nach Aufstellung des Haushaltsplanentwurfs 2014 wurden von den Fachdiensten zusätzliche Haushaltsmittel sowohl im Ergebnis- als auch im Finanzhaushalt (Investitionen) angemeldet.

Aufgrund der in den letzten Jahren erzielten Mehrerträge gegenüber den Ansätzen beim Produkt 521-01 (Bauordnungsangelegenheiten) kann der entsprechende Ansatz um 75.000 € erhöht werden.

Im Bereich der Gewerbesteuer wurde ein Zahlungspflichtiger bereits Anfang des Jahres aufgrund von geänderten Gewerbesteuermessbescheiden des Finanzamtes zu erheblichen Nachzahlungen für zurückliegende Jahre veranlagt, so dass der Ansatz um 300.000 € auf nunmehr 6.400.000 € aufgestockt werden kann. Der Ansatz für die Gewerbesteuerumlage ist folglich um 60.000 € anzuheben.

Hierfür wurden die dieser Sitzungsvorlage beigefügten Zu- und Abganglisten (Anlage 3 -5) erstellt.

### **3. Haushaltskonsolidierung**

Die Arbeitsgruppe Haushaltssicherung hat die von der Verwaltung und der Politik vorgeschlagenen Maßnahmen zur Haushaltskonsolidierung zusammengefasst. Die Liste 1, in der ausschließlich Maßnahmen aufgeführt sind, über die in der Arbeitsgruppe Haushaltssicherung Konsens oder Überwiegender Konsens erzielt wurde, ist dieser Sitzungsvorlage beigelegt (Anlage 6). Außerdem wurde hinsichtlich dieser Maßnahmen eine Zu- und Abgabengliste (Anlage 7) gefertigt.

Nach dem 10.03.2014 (Abgabetermin für die Fraktionen bezüglich der Haushaltssicherungsmaßnahmen) wird eine Ergänzungsvorlage erstellt, in der das endgültige Haushaltssicherungskonzept enthalten ist. Diese Ergänzungsvorlage wird rechtzeitig für die Beratungen im Verwaltungsausschuss und im Rat versandt.

Vorsitzender Wimberg (SPD) fragt, ob es Gründe gäbe, wieso die Stellungnahmen zu den Haushaltssicherungsmaßnahmen von der ZoB und der CDU der Verwaltung trotz Termins bis zum 10.03.2014 bis heute nicht vorliegen.

Ratsherr Lütkehus (ZoB) erklärt, dass die ZoB und die CDU noch abschließend darüber beraten müssten. In der Tendenz werde der Maßnahmenkatalog 1 mitgetragen. Allerdings wollten ZoB und CDU Steuererhöhungen nicht mittragen.

Fachbereichsleiter Harms erklärt, dass aus Verwaltungssicht es unerfreulich sei, dass Teile der Politik mit der Auflage der Kommunalaufsicht des Landkreises Aurich, mit der Haushaltssatzung ein Haushaltssicherungskonzept verabschieden zu müssen, sehr locker umgehen. Erfreulich sei jedoch, dass aufgrund der Erkenntnisse aus der aktuellen Veranlagung der Haushaltsansatz für die Gewerbesteuer um 300.000 Euro erhöht werden konnte. Die Verwaltung wolle zum Verwaltungsausschuss eine brauchbare Tischvorlage fertigen, benötige dafür aber bis morgen alle Stellungnahmen zu den Haushaltssicherungsvorschlägen. Zum Antrag der SPD-Fraktion hinsichtlich der Einrichtung einer Anstalt öffentlichen Rechts führt Fachbereichsleiter Harms weiter aus, dass es sich hierbei um eine sehr komplexe Angelegenheit handle, die viel Zeit in Anspruch nehme. Damit zusammenhängende Konsolidierungsvorschläge von der SPD könnten erst berücksichtigt werden, wenn feststehe, ob es eine solche „Anstalt des öffentlichen Rechts“ geben solle oder nicht. Zur Situation des Jahresabschlusses 2013 könne er sagen, dass das strukturelle Fehlbetrag von 3,399 Millionen Euro voraussichtlich um rund 1 Million Euro niedriger ausfallen werde. Ein Fortgang der außerordentlich guten Vorjahresergebnisse sei somit nicht festzustellen. Dass die Stadt Norden trotzdem den Jahresabschluss 2013 mit einer „schwarzen Null“ beenden werde, liege einzig an den außerordentlich guten Vorjahren.

Ratsherr Glumm (CDU) vermisst, dass die Vorschläge aus den Listen 2 und 3 zurzeit nicht in die Haushaltssicherung mit einbezogen werden. Er appelliere, zunächst alle Sparmöglichkeiten konsequent auszuschöpfen, bevor man an Steuererhöhungen denke.

Vorsitzender Wimberg (SPD) bittet darum, dass von Seiten der ZoB und der CDU möglichst schnell die Stellungnahmen zu den Vorschlägen zur Haushaltssicherung an die Verwaltung weiter gegeben werden.

Fachbereichsleiter Harms erläutert, dass für 2014 noch kein ausgeglichener Haushalt vorzulegen sei, für die Kommunalaufsicht des Landkreises Aurich müsse jedoch eine ernsthafte und nachvollziehbare Haushaltskonsolidierung erkennbar sein.

Ratsherr Lütkehus (ZoB) erklärt, dass er diverse angemeldete Haushaltsreste für den Finanzhaushalt streichen möchte, um die Kreditaufnahme zu verringern.

**Der Finanz- und Personalausschuss gibt die Angelegenheit ohne Beschlussempfehlung weiter an den Verwaltungsausschuss.**

<b>Stimmergebnis:</b>	<b>Ja-Stimmen:</b>	<b>9</b>
	<b>Nein-Stimmen:</b>	<b>0</b>
	<b>Enthaltungen:</b>	<b>0</b>

**zu 9 Dringlichkeitsanträge**

Keine

**zu 10 Anfragen**

Keine

**zu 11 Wünsche und Anregungen**

Keine

**zu 12 Schließung der Sitzung (öffentlicher Teil)**

Der Vorsitzende schließt um 17.54 Uhr die Sitzung.

Der Vorsitzende

Die Bürgermeisterin

Der Protokollführer

-Wimberg-

-Schlag-

-Wilberts-